



## Corona-Virus infiziert Volkswirtschaften: Wirtschaftspolitische Folgen einer unvorhersehbaren Pandemie

*von David Gregosz, Thomas Köster, Oliver Morwinsky, Martin Schebesta*

- › Die wirtschaftspolitischen Effekte des Corona-Virus sind weitaus gravierender als die Banken- und Finanzkrise vor zwölf Jahren. Die Schockwellen treffen praktisch alle deutschen Wirtschaftsbranchen, Sektoren und Regionen. Überdies sind Deutschlands wichtigste Handelspartner massiv betroffen.
- › Das Virus wird Deutschlands und Europas Gesicht sowie sein ordnungspolitisches Fundament tiefgreifend verändern. Derzeit ist der Staat als Krisenmanager gefordert wie nie zuvor. Konkret müssen die Ausbreitung der Pandemie durch gesundheitspolitische Maßnahmen verlangsamt und die Effekte auf die volkswirtschaftliche Basis eingehegt werden.
- › Um einen langandauernden Shutdown der deutschen Wirtschaft zu vermeiden, sind unkonventionelle Maßnahmen geboten. Allerdings dürfen sie mittel- und langfristig nicht zu einer Deformierung der Sozialen Marktwirtschaft, oder zur Beschädigung der liberalen Demokratie führen.
- › Trotz aller Unwägbarkeiten mit Blick auf die unmittelbare Zukunft und den Fortgang der Corona-Pandemie sollte der ordnungspolitische Kompass gerade jetzt nicht verloren gehen.
- › Nach dem Eindämmen dieser gesundheitspolitischen Katastrophe kann die Weltgemeinschaft verschiedene Wege einschlagen, um zum ökonomischen Ausgangsniveau zurückzufinden.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einführung .....	2
2. Wirtschaften nach Corona: Ein Blick nach vorn .....	4
3. Fazit .....	8
Impressum .....	9

### 1. Einführung

Deutschland und Europa stehen vor ungeahnten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, weil sich binnen kürzester Zeit das sogenannte Corona-Virus (SARS-CoV-2) von China ausgehend ausgebreitet hat und in praktisch allen Volkswirtschaften der Welt erhebliche Störungen verursacht. Der Effekt dieses externen und unvorhersehbaren Schocks ist weitaus gravierender als die Banken- und Finanzkrise vor zwölf Jahren. Damals ging es darum, die Ansteckungseffekte auf die Realwirtschaft einzudämmen. Die Staatsschuldenkrise in Europa war ein sogenannter asymmetrischer externer Schock und die nordeuropäischen Staaten konnten den Krisenländern mit Liquidität und mittels ihrer Bonität helfen. Selbst Naturkatastrophen treffen unser Land meist nicht flächendeckend und die Regionen können sich gegenseitig helfen. Diese Krise ist besonders, weil sie alle Branchen, alle Sektoren und alle Regionen betrifft (siehe Abbildung); sie stellt demnach einen nahezu symmetrischen Schock der Gesamtwirtschaft dar.

Eine solche Situation gab es in den letzten 70 Jahren so nicht. Insofern muss man von einer erheblichen Verlangsamung der weltweiten ökonomischen Dynamik und sehr signifikanten Wohlstandseinbußen ausgehen.

Allerdings ist dies nur ein Aspekt der Pandemie. Das Virus wird Deutschlands und Europas Gesicht, seine Strukturen und sein ordnungspolitisches Fundament tiefgreifend verändern. Es ist derzeit völlig offen, wie die Post-Corona-Epoche aussehen wird und ob die politischen Entscheidungen, die derzeit auf allen Ebenen getroffen werden, ausreichend sind, um die Krise zu bekämpfen. Überdies lassen sich die Kollateralschäden dieser Maßnahmen bislang nur erahnen.

Sicher ist, dass die beschlossenen, politischen Maßnahmen geschichtlich beispiellos sind. Auf dem gesamten Globus stellen sich Regierungen und Zentralbanken mit einem immensen Kraftakt gegen die grassierende gesellschaftliche wie ökonomische Unsicherheit und die Auswirkungen der Corona-Pandemie. In den USA wurde ein billionenschweres Konjunkturpaket verabschiedet; gleichzeitig schritt die amerikanische Notenbank Federal Reserve mit massiven Zinssenkungen und dem Aufkauf von Staatsanleihen ein. In ganz ähnlicher Weise reagierten die Europäische Kommission, die Euro-Gruppe und die Europäische Zentralbank (EZB): finanz- und geldpolitische Instrumente sollen die schlimmsten ökonomischen Auswirkungen abfedern.

Die Corona-Pandemie ist besonders, weil sie alle Branchen betrifft.

Auf dem gesamten Globus stellt man sich mit einem Kraftakt gegen die Unsicherheit.

### Corona-Virus: Geschäftstätigkeit der deutschen Wirtschaft leidet

Anteil der vom ifo Institut befragten Unternehmen, die negative Auswirkungen spüren (in Prozent)



Grundsätzlich ist die Soziale Marktwirtschaft krisenfest und durch ihre Institutionen in der Lage, mit Verwerfungen umzugehen.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2020. Eigene Gestaltung.

Auch in Deutschland mobilisiert man ungeahnte Summen, um Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft zu schützen. Von Vorteil ist, dass eine ausgesprochen erfolgreiche ökonomische Periode hinter der Bundesrepublik liegt und damit erheblicher ökonomischer Spielraum vorhanden ist. Die viel diskutierte und gegen Widerstände in Politik, Medien und Wissenschaft durchgehaltene „schwarze Null“ hat daran entscheidenden Anteil. Die wirtschafts- und fiskalpolitische Situation unterscheidet Deutschland von seinen Nachbarn, die bislang

heftiger vom Corona-Virus heimgesucht wurden – allerdings unter deutlich schlechteren, wirtschaftlichen Vorzeichen. Über die Rückkopplungseffekte des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums wird sich die herausfordernde Situation in Italien, Spanien und Frankreich allerdings mit nur kurzem Zeitverzug auch auf Deutschland übertragen. Insofern ist mit einer tiefen europäischen bzw. globalen Rezession zu rechnen, die die Unternehmen, die Arbeitsmärkte und die öffentlichen Haushalte schwer belasten wird. Allein für Deutschland rechnet das ifo-Institut je nach Dauer der Maßnahmen mit Schrumpfung der Wirtschaft um 7,2 bis 20,6 Prozent. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) kommt in einem Sondergutachten zu ähnlichen Ergebnissen, wenngleich die erwarteten Einbußen aufgrund von optimistischeren Annahmen geringer ausfallen. Man geht zudem von einer vergleichsweise raschen Erholung aus. Die gemeinsame Währung, der Euro, dürfte angesichts rapide steigender Staatsschuldenstände in Europa unter Druck geraten. Die ökonomischen Aussichten sind somit zumindest kurzfristig äußerst düster.

Grundsätzlich ist Deutschlands Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, die Soziale Marktwirtschaft, krisenfest und durch ihre Institutionen und automatischen Stabilisatoren des Sozialstaats in der Lage, mit ökonomischen Verwerfungen umzugehen. Allerdings entbindet ein stabiles Fundament den Staat dieser Tage nicht von der notwendigen Aufgabe der Stabilisierung. Er ist der Hüter der Ordnung und muss diese Aufgabe beherzt wahrnehmen.

Konkret müssen die Ausbreitung der Pandemie durch gesundheitspolitische Maßnahmen verlangsamt und die Effekte auf die volkswirtschaftliche Basis eingeehrt werden. Kurzfristig mögen dafür unkonventionelle Maßnahmen notwendig sein – auch, um einen langandauernden Shutdown der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Allerdings dürfen sie mittel- und langfristig nicht zu einer Deformierung der Sozialen Marktwirtschaft, oder – schlimmer noch – zur Beschädigung der liberalen Demokratie führen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich den grundsätzlichen Fragen zu Demokratie, Rechtsstaat und Sozialer Marktwirtschaft zu widmen. Trotz aller Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten mit Blick auf die unmittelbare Zukunft und den Fortgang der Corona-Pandemie wollen wir daher einen Debattenbeitrag leisten, der über die politischen Entscheidungen „im Krisenmodus“ hinausweist, und einige wirtschaftspolitische Denkanstöße in Form von Thesen diskutieren.

Unkonventionelle Maßnahmen dürfen nicht zu einer Deformierung der Sozialen Marktwirtschaft, oder zur Beschädigung der liberalen Demokratie führen.

## 2. Wirtschaften nach Corona: Ein Blick nach vorn

### › Unsicherheiten entgegenwirken, aber realistische Erwartungen vermitteln

Dass Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie sei, hat schon Ludwig Erhard konstatiert. Daher sind die konkreten Maßnahmen, die von EZB, Regierung, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsminister beschlossen wurden, richtig und wichtig, um Unsicherheit entgegenzuwirken. Aber allen alles zu versprechen, ist noch keine Politik. Dies weckt Erwartungen, die nicht erfüllbar scheinen und höchstwahrscheinlich enttäuscht werden. Es wird zu Friktionen der Wirtschaft kommen, die eine Herausforderung für das deutsche Geschäftsmodell mit seinem hohen Industrie- und Exportanteil sein werden. Es trifft damit einen Sektor, der auch schon vor der Krise mit schwierigen Rahmenseitungen zu kämpfen hatte. Seit Mitte 2018 befindet sich die deutsche Industrie auch ohne Corona-Effekt in einer Rezession, die sich jetzt vertiefen dürfte. Sofern möglich, sollte die Politik deshalb nun einen Fahrplan entwickeln, wie eine mittelfristige Wirtschafts- und Strukturpolitik der Jahre 2020 und 2021 aussehen kann. Es muss zügig eine Grundlage geschaffen werden, auf der diese Branchen eine dauerhafte Zukunftsperspektive in Deutschland haben. Dafür gehören die Unternehmens- und Energiesteuern zeitnah auf den Prüfstand.

Es darf keinesfalls die Erwartung geweckt werden, der Staat könne finanziell alles schultern. Ein wirtschaftlicher Shutdown muss sehr rasch beendet werden.

› **Ordnungspolitik nicht über Bord werfen**

Angesichts des Ausmaßes der Krise, würde es den Staat überlasten, der Gesamtheit der Branchen und Betroffenen zu helfen. Es darf – nach einer ersten Phase der Existenzsicherung mit kraftvollen Maßnahmen – keinesfalls die Erwartung geweckt werden, der Staat könne die Umsatzeinbußen und Verluste ersetzen. Als Signal war es wichtig, dass Deutschland erhebliche Summen „ins Schaufenster“ stellt, Finanzpolitik reicht als Rettungsaktion aber nicht aus. Es besteht die Gefahr, dass der Staat seine Möglichkeiten in der kurzen wie langen Frist im Hinblick auf die Finanzpolitik überschätzt. Um die Dimensionen einzuordnen: Der Bundeshaushalt inklusive des massiven Nachtragshaushaltes vom März 2020 entspricht der volkswirtschaftlichen Produktion von knapp sieben Wochen.<sup>1</sup> Insofern kann der deutsche Staat trotz bester Bonität weder kurzfristig, rasch und in angemessener Höhe der Gesamtheit der 3,5 Millionen Unternehmen helfen (Gründe dafür sind langwierige Verwaltungsvorgänge, fehlende Zielgenauigkeit durch Interessengruppenverzerrung, Ziel- und Wettbewerbskonflikte, Trittbrettfahrerprobleme usw.). Noch kann er langfristig und dauerhaft durch finanzpolitische Stimuli die Wachstumskräfte entfachen, weil dafür schlicht privates Kapital der Unternehmen notwendig ist. Im Hinblick auf Innovation und Investitionen stammt das weit überwiegende Kapital aus privaten Händen. Grundsatzfragen zu Wettbewerb und Verstaatlichung werden sich stellen. Zu beachten ist auch, dass unter dem Rubrum der Krise einige politische Akteure derzeit versuchen, ökonomisch zweifelhafte Vorschläge einzubringen („Coronabonds“, bedingungsloses Grundeinkommen etc.) – teilweise mit politischer Resonanz. Es muss gelingen, notwendige Krisenmaßnahmen von krisenunabhängigen politischen Agenden zu unterscheiden und der Versuchung zu widerstehen, bereits gescheiterten ideologischen Forderungen nachzugeben. Gerade „Coronabonds“ überzeugen in der Abwägung der Vor- und Nachteile nicht, zumal sie als kurzfristiges Instrument und ohne parlamentarische Diskussionen in Europa kaum zu etablieren sind. Politisches Kapital für ihre Einführung aufzuwenden ist nicht effizient. Es gibt bestehende, europäische Instrumente (ESM, EIB, ESI-Fonds), die die Möglichkeit der raschen Mobilisierung zinsgünstigen Kapitals sicherstellen.

› **Temporäre Maßnahmen müssen eine Ausnahme bleiben – bewährte Regeln nach der Krise wieder einsetzen und Ausstiegsszenario mitdenken**

Anders als während der Banken- und Finanzkrise vor zwölf Jahren sind Unternehmen und Konsumenten heute deutlicher und direkter betroffen. Daher sind staatliche Maßnahmen unter Aufgabe eines ausgeglichenen Haushalts unabwendbar. Die Schuldenbremse lässt es ausdrücklich zu, während einer Krise mit expansiver Finanzpolitik zu antworten. Gleichzeitig sollte die „schwarze Null“ eine Referenz des Staates bleiben, wenn die Krise überwunden ist. Dies sichert auch zukünftig eine solide Kreditwürdigkeit Deutschlands. Die Erfahrung der Bundesrepublik in der vergangenen Dekade demonstriert eindrücklich, dass fiskalpolitische Disziplin kein Selbstzweck, sondern notwendige Bedingung erfolgreicher Volkswirtschaften ist. Da es sich bei der Corona-Pandemie in erster Linie um einen Nachfrageschock – also eine Krise der Lieferketten, der Produktion und Konsumenten – handelt, kann sie mit geldpolitischen Maßnahmen kaum geheilt werden. Schon vor der Corona-Pandemie waren die Instrumente der Notenbank an Grenzen geraten. Nach den massiven Interventionen in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben, muss die Politik nun zügig ein Szenario für die mittelfristige Zukunft entwerfen.

Während einer Krise mit expansiver Finanzpolitik zu antworten ist sachgerecht, allerdings muss die Politik zügig ein Ausstiegsszenario entwerfen.

› **Anpassungen der europäischen Agenda sind notwendig**

Aufgrund der dramatischen Entwicklungen in Italien und Spanien sind das europäische Integrationsprojekt und der Euro akut gefährdet. Die Europäische Kommission wird ihre politischen Prioritäten in den kommenden Monaten anpassen müssen. Dies bedeutet nicht, die ambitionierten Ziele bei Klima und Nachhaltigkeit aufzugeben, sie aber mit den realwirtschaftlichen Fähigkeiten der Volkswirtschaften in Einklang zu bringen. Die Konsolidierung der Währungsunion wird eine Daueraufgabe bleiben. Dabei kommt Deutschland in jeder Hinsicht eine verantwortungsvolle Rolle zu, die schlussendlich auch mit deutlich mehr finanziellem und politischem Engagement für Europa einhergehen muss. Ebenso gilt es, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten infolge der Krise kritisch mit besonderem Blick auf das Subsidiaritätsprinzip zu prüfen. Darüber hinaus ist es wichtig, den besonders betroffenen Ländern europäische Solidarität zu signalisieren, um die europäische Einheit nicht zu gefährden und die Gräben durch die Euro- und Staatsschuldenkrise nicht zu vertiefen. Die Ideen, wie dies geschehen könnte, sind derzeit vielfältig. Der neueste Vorschlag, ein europäisches Krisenzentrum („European Crisis Management Centre“) zu installieren, reiht sich hier ein. Der zum Teil zur Floskel verkommene Aufruf zu „europäischer Solidarität“, die viel Interpretationsspielraum lässt, muss nun jedoch mit sichtbaren Taten untermauert werden. Dies betrifft ökonomische Instrumente und – soweit möglich – die Mobilisierung aller denkbaren Gesundheitsdienstleistungen für unsere europäischen Nachbarn: Expertenteams, Bundeswehr, Kapazitäten, Infrastruktur etc. China sollte nicht als bedeutsamster Ersthelfer in Erinnerung bleiben.

Angesichts der Notlagen in europäischen Nachbarstaaten muss Deutschland sein gesamtes Gewicht für Europa einbringen.

› **Es benötigt ein gemeinschaftliches Vorgehen auf europäischer Ebene**

Die Europäische Union (EU) hat nach einem kurzen Innehalten und Bewerten der Sachlage schnell reagiert. Im Vergleich zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, als die EU mehr als drei Wochen benötigte, um eigene Lösungsvorschläge zu präsentieren, dauerte es diesmal nur wenige Tage: Die Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der Vorschlag für vorübergehende staatliche Beihilfen zur Unterstützung der Wirtschaft oder die finanzielle Unterstützung aus dem Bereich der Kohäsionspolitik sind prominente Beispiele. Man konzentriert sich auf die Bereitstellung von Liquidität und flexiblen Hilfen. Dennoch entsteht der Eindruck, dass die bislang getroffenen Maßnahmen nicht kohärent sind. Das konsequente aber rechtlich fragwürdige Agieren der EZB, die Vielzahl an Ideen und Vorschlägen (Nutzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM, in verschiedenen Varianten, die Europäische Investitionsbank (EIB) als „europäische Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) oder die erwähnten „Coronabonds“) sowie die zunächst aktiven Ausfuhrbeschränkungen innerhalb des Binnenmarktes, verdeutlichen wie schwer es der Europäischen Union in dieser Situation fällt, adäquat auf die individuellen Problemlagen der Mitgliedstaaten zu reagieren. Teilweise liegt dies in den unterschiedlichen Kompetenzen begründet, teilweise kann jedoch auch ein mangelnder Wille an Zusammenarbeit attestiert werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die externen Einflussfaktoren, denen sich die EU gegenübergestellt sieht. Die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens (2021–2027) – also des „EU-Haushalts“ – scheint angesichts der Krise noch schwieriger zu werden. Dies hat im Hinblick auf die anstehende deutsche Ratspräsidentschaft (beginnend am 01. Juli 2020) maßgebliche Auswirkungen. Die Debatte, ob vergleichsweise vitale europäische Volkswirtschaften temporär MFR-Beiträge für die am stärksten von Corona betroffenen Staaten übernehmen, sollte geführt werden.

Derzeit existiert keine kohärente, europäische Strategie im Umgang mit Corona, zu oft dominieren nationale Alleingänge.

› **Stärkung der Eurozone als geopolitisches Instrument**

Die Krise macht den schon vielfach angemahnten Reformbedarf der Eurozone offenkundig. Dieser Prozess steht seit 2014 praktisch still. Die jüngsten Überlegungen zur Abschaffung des Postens des Eurogruppen-Vorsitzenden sind bedenklich. Vielmehr sollte die Eurozone über eine bessere Koordinierung verstärkt werden. Auch der ESM sollte nachhaltig und im demokratisch legitimierten Rahmen stärker genutzt werden. Mit einer Stärkung des Euro als geopolitisches Instrument – beispielsweise in der Handelspolitik – könnte das von der Kommissionspräsidentin formulierte Ziel, Europa müsse „die Sprache der Macht lernen“, unterstützt werden.

Der Euro dürfte angesichts rapide steigender Staatsschuldenstände in Europa unter Druck geraten.

---

› **Die Chancen der Digitalisierung ergreifen und Schwächen abstellen**

Trotz aller Schwierigkeiten ergeben sich durch die Corona-Pandemie Chancen – insbesondere offenbaren sich die Potenziale des Internets als sozialem Raum. In praktischen allen Gebieten des menschlichen Zusammenlebens ergeben sich derzeit rasante Entwicklungen, die anschließend in Alltagsroutinen münden könnten. Das Arbeitsleben wird abrupt digitalisiert und dezentrales Arbeiten nicht allein (Homeoffice), sondern in Teams eingeübt. Der Schub für E-Learning und E-Teaching an Schulen und Universitäten sowie digitale Kulturangebote ist gewaltig. Die digitale Transformation in den Unternehmen, oft verhindert durch volle Auftragsbücher, ist nun überlebensnotwendig geworden. Insofern legt die Krise digitale Schwächen schonungslos offen und testet Möglichkeiten sie zu schließen; dies betrifft private Unternehmen, aber in noch größerem Maße die öffentliche Hand mit ihren oftmals analog-anachronistischen Arbeitsprozessen und Verwaltungsvorgängen. Spätestens mit der Rückkehr zu normalen Arbeitsbedingungen, müssen regulatorische Impulse für einen fortgesetzten Digitalisierungsschub sorgen. Auch die Debatte um digitale Zahlungsmechanismen wird absehbar zunehmen.

Die Digitalisierung ist ein kraftvolles Instrument, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern.

---

› **Ungerechtfertigte Globalisierungs- und Kapitalismuskritik widerlegen, Lieferketten überprüfen**

Kritiker werden die Chance sehen, der Globalisierung und dem Kapitalismus bzw. der Sozialen Marktwirtschaft eine mittelbare Schuld an der Krise zu geben und beides allgemein hinterfragen. Gleichzeitig werden Unternehmen und Staaten die zutage getretenen Abhängigkeiten zum Anlass nehmen, ihre Lieferketten zu überprüfen und anzupassen. Die bereits zuvor vorhandenen Deglobalisierungstendenzen werden sich somit verstärken. Es gilt, die positiven Effekte der Globalisierung – insbesondere das größere Warenangebot, günstigere Produktionsbedingungen und höheren Wohlstand – zu erkennen, zugleich aber Abhängigkeiten offenzulegen und das Bewusstsein für politische Risiken zu schärfen. Hier bedarf es auch einer europäischen Antwort. In ihrer im März 2020 vorgestellten, begrüßenswerten Industriestrategie hat die EU-Kommission mit der Stärkung der industriellen und strategischen Autonomie Europas bereits einen Aufschlag gemacht.

Deglobalisierungstendenzen werden zunehmen, Protektionismus zu Wohlstandseinbußen führen.

---

› **Chinas Rolle als globaler Akteur kritisch diskutieren und Verantwortung einfordern**

Die Verantwortung Chinas für Ausbruch, Umgang, transparente Information, Eindämmung und Entwicklung von Gegenmitteln gegen die Corona-Pandemie wird zu diskutieren sein. Nachdem die Finanzkrise ihren Ausgangspunkt in den USA nahm, beschert uns China, das zweite ökonomische Kraftzentrum der Welt, eine Dekade später eine in Tiefe und Reichweite einzigartige, gesundheits- wie wirtschaftspolitische Herausforderung.

› **G20 als Krisenbewältigungsformat reaktivieren und vorziehen**

Eigentlich sollte der nächste reguläre G20-Gipfel im Spätherbst 2020 unter saudischer Präsidentschaft stattfinden. Angesichts der globalen Problemlagen im Hinblick auf die Corona-Pandemie sollten sich maßgebliche Akteure dieses Formats für ein früheres Treffen aussprechen. Es besteht erheblicher Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Weltwirtschaft; überdies sollte dem weiteren Vordringen nationalistischer Egoismen entgegengewirkt werden. Sofern weitere Handelsbarrieren errichtet und das regelbasierten Handelssystem, getragen durch die Welthandelsorganisation (WTO), weiter geschwächt werden, ist eine dauerhafte Erholung der Weltwirtschaft kaum vorstellbar.

Die G20 ist gefragt. Das jährliche Treffen sollte vorgezogen werden, da erheblicher Koordinierungsbedarf für die Weltwirtschaft besteht.

---

› **Weitere Mega-Themen im Blick behalten**

Wichtige Themen geraten derzeit aus dem Blick: Als Stichworte seien die Agenda 2030, die Flüchtlingssituation an den Grenzen Europas sowie die Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer genannt. Bislang hat die Corona-Pandemie ihr volles Ausmaß in weiten Teilen Asiens, Afrikas und Südamerikas noch nicht entfaltet. Viele Länder sind geprägt von informellen Arbeitsmärkten, rudimentären Gesundheitssystemen und schwacher Staatlichkeit. Aus diesem Mix erwächst eine erhebliche Sprengkraft, die sich ebenfalls entladen kann.

Corona drängt wichtige Fragen in den Hintergrund. Aus klima- und migrationspolitische Aufgaben erwächst zusätzliche Sprengkraft.

---

### 3. Fazit

Trotz der krisenhaften Verwerfungen, die die Corona-Pandemie auslöst, haben Regierungen politische Optionen und können die Zukunft gestalten. Die vernetzte Welt wird also nicht enden; vielmehr offenbaren die sich abzeichnenden Wohlstandsverluste durch ihr plötzliches Fehlen auch die Vorteile einer tiefen, ökonomischen Vernetzung für die Weltgemeinschaft. Nach dem Eindämmen dieser gesundheitspolitischen Katastrophe kann die Weltgemeinschaft verschiedene Wege einschlagen, um zum ökonomischen Ausgangsniveau zurückzufinden. Der erste Weg läge im Beschreiten einer neuen Ära der Resilienz. Ein solcher Aufbruch kann gelingen, wenn mehr Sensibilität für gemeinsame Menschheitsaufgaben entwickelt wird und starke globale Institutionen Kooperationen ermöglichen. Die Corona-Pandemie hat diesbezüglich Schwächen aufgezeigt, die man eben auch als Chance begreifen kann. Auf konkrete Themenfelder bezogen hieße dies, sich bei der Digitalisierung und möglicherweise sogar bei der klimapolitischen Agenda, also der Transformation hin zu Co<sub>2</sub>-freien Volkswirtschaften, noch stärker auf neue Politikansätze einzulassen. Überdies sollte das Bewusstsein für die globalen wirtschaftlichen und politischen Risiken, die aus dem Agieren und den Defiziten autoritärer politischer Systeme erwachsen, abermals geschärft werden. Der zweite Weg läge in der Rückabwicklung der Globalisierung, wobei die langfristigen Schäden dieser Option vermeintliche Gewinne bei weitem übersteigen würden. Auch die vielen Unterstützungsmaßnahmen, welche maßgeblich und konsequenterweise nationalstaatlich organisiert sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass internationale Zusammenarbeit und multilaterales Handeln der Schlüssel für den Umgang mit den Herausforderungen der Zukunft ist. Die vorstehenden Thesen spannen hier ein weites wirtschaftspolitisches Tätigkeitsfeld auf und bedürfen der politischen Bearbeitung.

Die Weltgemeinschaft sollte eine Ära der Resilienz einleiten: sie setzt Sensibilität, globale Institutionen und Kooperation voraus.

---



## Impressum

### Die Autoren

David Gregosz studierte im Doppelstudium Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Seit seiner Rückkehr aus Südamerika 01/17 koordiniert er die internationale, wirtschaftspolitische Arbeit der Adenauer-Stiftung. Zuvor leitete er von 10/2013 bis 01/2017 das Wirtschaftsprogramm „Soziale Ordnungspolitik“ (SOPLA) mit Sitz in Santiago de Chile. Von 11/2015 bis 09/2016 hatte er zudem die kommissarische Leitung des Landesprojekts Chile der Stiftung inne.

Thomas Köster M. Sc., M. Sc. hat Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Paderborn studiert. Im Anschluss war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Büroleiter im Abgeordnetenbüro von Dr. Carsten Linnemann MdB. Seit 2016 verantwortet er die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Er ist zudem Mitglied des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Oliver Morwinsky LL. M. studierte Wirtschaftsrecht und Staatswissenschaften in Köln und Erfurt. Nach dreieinhalb Jahren als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europabüro der Adenauer-Stiftung in Brüssel, übernahm er 2019 das Projekt „Europeanarrative“ in der Berliner Zentrale der Stiftung. Seit Januar 2020 ist er in der Hauptabteilung Analyse und Beratung für den Bereich „Wettbewerbsfähigkeit Europas“ zuständig. Innerhalb der Stiftung leitet er zudem die „Arbeitsgruppe Europa“.

Martin Schebesta, M. Sc. hat Globale Politik an der London School of Economics sowie VWL, Politik und Philosophie an der Universität Durham (UK) studiert. Seit 2017 verantwortet er den Bereich Grundsatzfragen der Ordnungspolitik und Soziale Marktwirtschaft in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

David Gregosz

Wirtschaft und Handel

Abteilung Wirtschaft und Innovation  
Hauptabteilung Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3516  
[david.gregosz@kas.de](mailto:david.gregosz@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin  
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin gedruckt.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-641-0



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© David Heerde/Shutterstock